Beirat Ü60 fühlt Parteien auf den Zahn **vom 5.7.25**

Einleitungstext

EV-Aktion zur Kommunalwahl: Ratsparteien beantworten Wahlprüfsteine der Seniorenvertretung

-chb- EMSDETTEN. Die Kommunalwahl nähert sich mit großen Schritten. Am Sonntag, 14. September, sind die Wahlberechtigten in Emsdetten gefragt, den neuen Stadtrat zu wählen. Bürgermeister Oliver Kellner möchte seine zweite Amtsperiode antreten – da möchten ihm seine Herausforderer und seine Herausforderin allerdings einen Strich durch die Rechnung machen. Spannung ist im Herbst also garantiert.

Der Beirat Ü60, die politische Vertretung der älteren Generation in Emsdetten, hat vor allem in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode regelmäßig seine politische Stimme erhoben, hat sich zu Themen zu Wort gemeldet, die vor allem Ältere und das „Mittelalter“ mit Blick auf die Zukunft interessieren: Die Pflege- und Wohnsituation, das Leben in der Innenstadt, und, und, und.

Die Beirats-Mitglieder schauen daher mit Spannung auf die Kommunalwahl und vor allem das, was sich die Parteien ins Lastenheft geschrieben haben. In Kooperation mit der Emsdettener Volkszeitung hat der Beirat daher ein besonderes Projekt initiiert: Der Beirat formulierte aus Sicht der älteren Bevölkerung so genannte Wahlprüfsteine zu unterschiedlichen Themen und erfragte von den Ratsparteien deren Positionen. Bis auf die Emsdettener Liste haben alle geantwortet – das Ergebnis können die Emsdettener Leserinnen und Leser auf dieser Seite und in den kommenden Wochen immer mittwochs in der EV sehen. Der Beirat hat die verschiedenen – und teilweise deckungsgleichen – Positionen zur Innenstadtentwicklung, Pflegesituation, zu Wohnen, Mobilität, Sicherheit, Energie und politischer Mitbestimmung zusammengefasst, die EV sorgt für die Öffentlichkeit.

Gleichzeitig sprach der Beirat den im Stadtrat vertretenen Parteien seinen Dank aus „für die bisher geleistete politische Arbeit, die gerade in der zurückliegenden Amtsperiode durch außergewöhnliche Ereignisse besonders erschwert wurde“. Die Wahlprüfsteine sehen die Seniorenvertreter als Handreichung „hinsichtlich des weiteren Handelns in den nächsten fünf Jahren“.

Wahlprüfsteine: Beirat befragt Parteien

- **Der Beirat Ü 60** schaut mit Spannung auf die Kommunalwahl im September und vor allem auf das, was sich die Parteien ins Lastenheft geschrieben haben.
- **In Kooperation** mit der Emsdettener Volkszeitung hat der Beirat daher ein besonderes Projekt initiiert: Der Beirat formulierte aus Sicht der älteren Bevölkerung so genannte Wahlprüfsteine zu unterschiedlichen Themen und erfragte von den Ratsparteien deren Positionen. Bis auf die Emsdettener Liste haben alle geantwortet.
- **Das Ergebnis** können die Emsdettener immer mittwochs in der EV sehen. Der Beirat hat die Positionen zur Innenstadtentwicklung, Pflegesituation, zu Wohnen, Mobilität, Sicherheit, Energie und politischer Mitbestimmung zusammengefasst, die EV sorgt für die Öffentlichkeit.
- **Sie wollen mitreden?** Leserinnen und Leser können dem Beirat ihre Meinung zum Thema schicken an die E-Mail-Adresse info@beiratue60.de. Die EV greift die Statements dann auf.

BEIRAT Ü60 Emsdetten

Dieser „Info-Kasten“ steht unter jeder Ausgabe.

Intelligenter Mix soll Innenstadt beleben **vom 5.7.25 1.Teil**

Visionen der Parteien zur Zukunft der Einkaufsstraßen gleichen sich

EMSDETTEN. Der erste Wahlprüfstein untergliedert sich in drei Komplexe, die sich sämtlich mit der Situation in der Emsdettener Innenstadt befassen. Gefragt wurde durch den Beirat zunächst:

Was beabsichtigen Sie zu tun, um das äußere Erscheinungsbild in den Einkaufsstraßen der Innenstadt durch eine sinnvolle und freundliche Nutzung der Gebäude wieder attraktiver zu gestalten?

Dabei ging es vor allem um leer stehende Ladenlokale, die den Straßenzügen teils das Erscheinungsbild der Verlassenheit geben.

Die Antworten gehen bei allen Parteien in eine Richtung. Wobei allgemein davon ausgegangen wird, dass sich die einstige Attraktivität der Innenstadt als bunte Einkaufsmeile in absehbarer Zeit – vielleicht auch niemals mehr – nicht zurückholen lasse. Als Möglichkeit der alternativen Nutzung wird von allen Parteien die Umgestaltung leerer Ladenlokale zu Wohnräumen, Begegnungsstätten oder Mehrgenerationen-Nutzungen genannt. Damit könnten soziale Treffpunkte entstehen, die vor allem älteren Menschen eine bessere soziale Teilhabe ermöglichen und andererseits die Umsetzung unterschiedlicher Pflegemodalitäten erleichtern würden.

Die UWE regt hierzu Förderprogramme seitens der Stadt an, um Investoren anzulocken, die sich auf derartige Projekte einlassen. Die FDP geht mit ihren Vorstellungen mehr als einen Schritt weiter, indem sie bereits in die Bebauungspläne neue Investoren einbeziehen möchte. Nachdem, so die FDP-Antwort, die „Ansiedlung von bestimmten Einzelhandelsketten für gescheitert“ angesehen wird, werden „neue Denkanstöße“ gefordert, die insbesondere eine neue Nutzung des Parkhauses an der Wilhelmstraße ins Auge fassen. Die Linke empfiehlt darüber hinaus den Schwerpunkt auf die Schaffung sozialen Wohnraums zu legen, damit Senioren, Alleinerziehende, Auszubildende und Erwerbstätige mit kleinen Einkommen nicht benachteiligt sind. Die SPD strebt für die Innenstadt insgesamt mehr Lebensqualität vor allem auch für ältere Menschen an, wobei es ihr aber auch um die Zusammenführung der Generationen geht.

Ein – zumindest dem Namen nach – modernes Konzept stellt die Emsdettener CDU vor, indem sie auf die „kreative, vielfältige Nutzung“ der Leerräume setzt und diese „etwa durch Pop-up-Stores, Co-Working-Spaces, kulturelle Angebote oder neue Wohnformen“ umsetzen möchte. Zudem setzt auch sie auf die Etablierung von Pflegeeinrichtungen, Senioren-WGs oder Betreutem Wohnen. Ihr seien nicht nur die Aufenthaltsqualität, sondern ein sozialer Mehrwert und neues Leben in der Innenstadt wichtig.

Weitreichender gehen die Vorstellungen der Grünen, die die alleinige Nutzung leer stehender Ladenlokale durch Pflegeeinrichtungen, Betreutes Wohnen oder Begegnungsstätten lediglich als „kreative Zwischennutzung“ sehen. In ihren Augen könne eine Belebung der Innenstadt im früheren Sinn nur „durch eine kluge Mischung aus Wohnen, Arbeiten, Einkaufen und sozialen Angeboten“ gelingen.

Für die Parteien wird dies in der nächsten Amtszeit eine große Herausforderung, sind sich die Mitglieder des Beirates Ü60 sicher. Wobei ein neuer Beirat weiter unterstützend zur Seite stehe.

Nächste Folge: Wie Parteien künftig mit dem Problem der Taubenplage und dem Innenstadt-Konflikt zwischen Radfahrern und Fußgängern umgehen wollen.

Sie wollen mitreden? Leserinnen und Leser können dem Beirat ihre Meinung zum Thema schicken an die E-Mail-Adresse info@beiratue60.de. Die EV greift die Statements dann auf.

Bericht vom 9.7.25 2.Teil

Wie viele Tauben braucht die Stadt?

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / So wollen die Parteien die Innenstatdt-Problematik angehen

EMSDETTEN. Dieser Auffassung ist nicht nur der Beirat Ü60: Die Stadt Emsdetten leidet schon längere Zeit unter einer „Taubenplage“. Viele Einwohner wissen das und reagieren mit Unmut. Die Tiere belagern die Straßen, Plätze und Dächer, ihre Hinterlassenschaften können die Gesundheit der Passanten gefährden. Kinder und ältere Menschen sind oft nicht in der Lage, dem Dreck auszuweichen, immer wieder stößt man auf flächenweise verstreute Futterreste, an denen sich außer den Tauben auch andere Tiere bedienen...

„Die Situation wird durch unbefugte Fütterungen forciert; alle bisherigen Maßnahmen zur Behebung konnten nicht greifen. Das Unverständnis der hiesigen Bevölkerung nimmt zu“, erklärt der Beirat Ü60. Die Frage, was die politischen Parteien unternehmen wollen, um den Zustand zu beenden, verbinden viele Menschen auch mit dem Blick auf die Kommunalwahlen im September.

Der Beirat Ü60 stellte daher den Parteien im Rahmen seiner Wahlprüfsteine unter dem Stichwort „Taubenplage“ die Frage: *„Dürfen die Bürgerinnen und Bürger Emsdettens hoffen, dass sich Ihre Partei diesbezüglich entscheidend für eine Besserung der teils unerträglichen und für viele unverständlichen Situation einsetzt?“*

Die Antworten der Parteien und Wählergruppen fallen unterschiedlich aus. Während es zum einen konkrete Vorstellungen zur Lösung des Problems gibt, gibt es auch zurückhaltende Äußerungen.

Es ist vor allem die SPD, die konkrete Schritte nennt. Sie fordert „die Entfernung von Futterquellen, bauliche Maßnahmen zur Taubenvergrämung und einen klaren Reinigungs- und Rückbauplan für die betroffenen Bereiche“. Die SPD möchte zudem eine regelmäßige Säuberung von stark belasteten Gebäuden und Plätzen. Die klare Aussage lautet: „Ziel ist die dauer-hafte Reduzierung der Population an den Hotspots“, womit speziell die Innenstadt gemeint ist. Der SPD sind die Lebensqualität, der Schutz der Gesundheit sowie ein gepflegtes Stadtbild wichtig.

Die CDU trifft eine ähnliche Aussage, sie legt jedoch keinen detaillierten Maßnahmeplan vor. Sie verspricht, die „Bekämpfung der Taubenplage zur Chefsache“ zu machen und in „Kooperation mit Fachleuten und der Landesebene wirksame, nachhaltige Maßnahmen“ zu ergreifen, um die Population zu verringern und die Innenstadt sauber und lebenswert zu halten.

Die anderen Parteien tragen sich ebenfalls mit der Absicht, gegen die „Taubenplage“ anzugehen. Die FDP sagt: „Ja. Wir setzen uns für die Ausschöpfung aller rechtlich zulässigen Möglichkeiten ein, um die Taubenplage einzudämmen.“

Die Grünen äußern sich hierzu nicht ganz so durchgreifend. Sie schreiben: „Wir stehen einer tiergerechten, nachhaltigen Regulierung offen gegenüber, etwa durch kontrollierte Taubenschläge, um Verschmutzung und Gesundheitsgefahren zu minimieren.“

Die Linke versichert, „zu dem Thema des Taubenproblems“ eine „klare Haltung“ zu haben. Sie möchte das Problem jedoch in „Absprache zwischen den Parteien, aber vor allem zwischen dem Kreis und der Stadt Emsdetten“ angehen, um „Alleingänge“ zu vermeiden. Zudem drängt sie darauf, unzulässige Fütterungen zu verhindern und sucht dabei ein gemeinsames Vorgehen mit der Stadt Emsdetten.

Offen ist die Haltung der UWE. In den Antworten auf die Wahlprüfsteine wurde hierzu nicht Stellung bezogen, erklärt der Beirat.

Der dankt den Parteien für die Stellungnahmen. „Wir sind uns natürlich im Klaren darüber, dass eine Behebung des geschilderten Missstandes nicht innerhalb kürzester Frist erreicht werden kann. Die gegebenen Erklärungen sind jedoch mehr als ein Zeichen des guten Willens, sie signalisieren die Bereitschaft zu Veränderungen, und darum geht es“, erklärt der Vorstand des Beirates.

Nächste Folge: Wie die Parteien mit dem Innenstadtkonflikt zwischen Radfahrern und Fußgängern umgehen wollen.

Sie wollen mitreden? Leserinnen und Leser können dem Beirat ihre Meinung zum Thema schicken an die E-Mail-Adresse: info@beiratue60.de.

Bericht vom 16.7.25 3.Teil

Versorgungskrise in der Pflege droht

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / Pflegekapazitäten und die ärztliche Versorgung

EMSDETTEN. In ein paar Jahren haben mehr als ein Drittel der Emsdettener Bürgerinnen und Bürger die Altersgrenze von 60 Jahren überschritten. Der Beirat Ü60 hat bereits zahlreiche Gespräche geführt, Recherchen betrieben und Initiativen eingeleitet, um den Bedarf an Pflegekapazitäten und Personal zu überprüfen und nach Möglichkeiten zu suchen, diesen Bedarf abzudecken. „Im Ergebnis stellt sich heraus, dass bereits jetzt ein dramatischer Mangel sowohl an Pflegekapazitäten als auch an Pflegekräften herrscht“, so der Beirat, der die Situation als Pflegenotstand bezeichnet.

Der seit langem prognostizierte Mangel an Pflegekapazitäten und Fachkräften sei nun eingetreten und drohe, die Versorgungssicherheit in der Pflege ernsthaft zu gefährden. *Wie werden die Emsdettener Parteien nach dem 14. September mit dieser Situation umgehen ?*

Die Schaffung neuer Pflegeheime oder mehr Angebot an Betreutem Wohnen wollen die CDU und die Grünen durch den Umbau brachliegender Immobilien erreichen – ins Feld geführt wurde etwa das ehemalige Postgebäude an der Elbersstraße.

Die UWE favorisiert den Grundsatz „Ambulant vor stationär“, um die prognostizierte Versorgungslücke zu reduzieren. Die FDP hält die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen für begrenzt, fordert jedoch die Stadtverwaltung auf, die aktiven Träger von Pflegeheimen zu unterstützen. Die Linke und die SPD wollen das Einbinden neuer Fachkräfte fördern und fordern die ansässigen Unternehmen zum Ausbau ihrer Standorte auf. Die Emsdettener Liste favorisiert Pflegeheime in der Nähe von Wald und Gewässern oder gar auf ehemaligen Hofstellen, um mehr Aufenthaltsqualität durch Park- und Grünflächen zu erreichen.

Eine Idee möchte da der Beirat Ü60 selbst in die Diskussion einbringen: Nach der Profanierung der vier katholischen Kirchen werden erhebliche Flächen frei. Diese wurden von keiner Partei, bzw. Wählergruppe erwähnt.

Dem Engpass beim Pflegepersonal und dem Angebot der mobilen Pflegedienste wollen die Parteien wie folgt begegnen: Die SPD fordert Anwerbestrukturen – zum Beispiel Wohnraum für Azubis – und unterstützt den Ausbau mobiler Pflegedienste in allen Stadtteilen. Auch die Linke, die FDP und die Emsdettener Liste fordern geeignete Wohnunterkünfte für Azubis und Pflegefachkräfte für ein verbessertes Arbeitsklima. Die CDU strebt unbürokratische Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse an.

Die Grünen planen bessere Bedingungen für Pflegekräfte durch „Aufbrechen von Teilzeitfallen“. Und der UWE liegt eine engere Vernetzung der lokalen Pflegeakteure am Herzen. Sie plädiert dafür, der Stadt einen Gestaltungs- und Steuerungsanspruch bei der Planung und Koordinierung von Pflegeprojekten einzuräumen.

Die langjährige ärztliche Versorgung durch Haus- und Fachärzte wollen die Grünen durch kommunale Ansätze sichern, zum Beispiel durch ein Ärztehaus. Die FDP will darauf achten, dass die gesetzlich zur Verfügung stehenden Kapazitäten besetzt sind. Die Installierung einer Notfallpraxis hat für die CDU hohe Priorität. Der SPD liegen verbesserte Rahmenbedingungen für junge Ärztinnen und Ärzte am Herzen, langfristig könnten sie sich einen noch leistungsfähigeren Gesundheitscampus in Emsdetten vorstellen.

Ähnliches befürwortet auch die Linke mit einem Medizinischen Versorgungszentrum (MVZ) in kommunaler Trägerschaft. Für junge Ärzte sollten laut Emsdettener Liste Anreize geschaffen werden sich niederzulassen. Die UWE hält den vom Beirat Ü60 ins Leben gerufenen Runden Tisch für die Entwicklung zukunftsfähiger Versorgungsstrukturen für unerlässlich. Der Beirat Ü60 bestärkt das Engagement, sich weiter für eine menschenwürdige Pflegesituation in der Stadt einzusetzen. Ihm sei dabei das Zusammenwirken mit den Parteien, der Stadtverwaltung und den Pflege-Institutionen wichtig. Er sieht den von ihm ins Leben gerufenen Runden Tisch als geeignetes Forum an, um eine schnelle Lösung des Problems zu erreichen.

Nächste Folge: Wenn sich Fahrräder und Fußgänger in Emsdettens Innenstadt begegnen.

Sie wollen mitreden? Leserinnen und Leser können dem Beirat ihre Meinung zum Thema schicken an die E-Mail-Adresse:

info@beiratue60.de

EV vom 23.7.2025 4.Teil

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / Situation in der Innenstadt

EMSDETTEN. Die Emsdettener Innenstadt wird derzeit sowohl von Fußgängerinnen und Fußgängern wie auch von Fahrradfahrerinnen und -fahrern – überwiegend sind es E-Bikes oder Pedelecs – genutzt. Der Umgang miteinander vollzieht sich nicht immer konfliktfrei. Fußgänger fühlen sich von den oft zu schnell kommenden Radfahrern bedrängt, Letztere wiederum sind der Meinung, die Fußgänger würden ihnen absichtlich den Weg verstellen oder ihnen nicht freiwillig Platz machen.

Der Beirat Ü60 hat das Problem aufgegriffen, indem er in seinen Wahlprüfsteinen auch hierzu auf die Parteien zugegangen ist und konkret fragte: ***Wird Ihre Partei dazu beitragen, in der Emsdettener Innenstadt einen besseren Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger herbeizuführen und möglicherweise inzwischen beschlossene Regelungen für eine Trennung oder ein Miteinander konsequent durchzusetzen?***

Die Antworten tendieren insgesamt auf eine Lösung, in der für beide Nutzergruppen ein einvernehmlicher Umgang erreicht werden sollte. Unterschiede sind jedoch unverkennbar.

Die Linke ist „für einen guten und regulierten Fahrradverkehr“. Sie lehnt eine komplette Sperrung für Radfahrende ab und schlägt einen Kompromiss zwischen den Nutzergruppen vor, der „nicht auf Kosten der Fahrradfahrer geht“, will aber auch die Fußgänger schützen. Demnach sollen Radfahrer die Innenstadt von 9 bis 14 Uhr nicht befahren dürfen, um in den „Stoßzeiten die Innenstadt zu entlasten“.

Die FDP wendet sich konkret gegen ein Verbot der Nutzung der Einkaufstraßen durch Radfahrer. Für sie ist die Forderung, Radfahrer aus der Innenstadt zu verbannen, eher „emotional getrieben“ als „faktenbasiert“, zumal es seitens der Polizei keine Mitteilungen über ein „relevantes Unfallgeschehen“ gebe. Die Vertreter dieser Partei sehen die bessere Lösung des Konflikts in der „Durchsetzung der bestehenden Regelungen“, wozu das Fahren mit Schrittgeschwindigkeit und das Verbot von E-Scootern gehören.

Hier besteht, so die FDP-Antwort auf die Wahlprüfsteine, deutlicher Aufholbedarf. Ein Verbot des Radfahrens kann seitens der FDP „allenfalls nur das letzte Mittel sein“; eine Einführung dieser Maßnahme wird daher ausdrücklich als verfrüht bezeichnet.

Bündnis 90/Die Grünen verhalten sich noch abwartend. Sie sind bereit, „im Bereich Fahrradverkehr die Maßnahmen für den Schutz“ von Fußgängerinnen und Fußgängern „konsequent zu unterstützen“ und sich dafür einzusetzen, „dass beschlossene Regeln auch tatsächlich durchgesetzt werden“.

Das Ziel der SPD ist die „Umsetzung des Integrierten Mobilitätskonzepts“, wobei sie den „Fokus auf den Schutz der Fußgängerinnen und Fußgänger“ legt. Sie ist für Barrierefreiheit, getrennte Wegeführungen und Rücksicht im Straßenverkehr.

Ähnliche Absichten äußert die CDU. Sie steht „für ein modernes Mobilitätskonzept, das Fußgänger stärker schützt, wobei es vorrangig um Kinder und ältere Menschen gehen soll. Sie bezieht auch schon „Maßnahmen an Schulwegen, Querungshilfen und an gefährlichen Punkten“ mit ein und verspricht, sich für die konsequente Umsetzung der beschlossenen Regeln einzusetzen. Ihr geht es zudem um mehr Sicherheit im Straßenraum.

Die Emsdettener Liste macht den Vorschlag, dass „die Bewegungsgeschwindigkeit im Kernbereich auf Schrittgeschwindigkeit gedrosselt“ wird, zur Diskussion. Damit wäre jeder Einzelne, unabhängig von der Fortbewegungsart, angesprochen. Die Liste verspricht sich davon auch eine Belebung der Läden und der Gastronomie, deren Angebote der „entschleunigte Mensch“ dann wieder wahrnehmen und nutzen könnte. Ziel, so die Liste, wäre „das Verweilen in einem ansprechenden Umfeld“.

Seitens der UWE liegt zu diesem Teil der Wahlprüfsteine keine Antwort vor.

Nächste Folge: Wohnen in Emsdetten – was tun die Parteien, um ein Angebot, das allen Altersschichten und den unterschiedlichen Ansprüchen gerecht werden kann, durchzusetzen? Wie können wir das gesteckte Ziel von 1200 neuen Wohnungen erreichen?

Sie wollen mitreden? Leserinnen und Leser können dem Beirat ihre Meinung zum Thema schicken an die E-Mail-Adresse:

info@beiratue60.de

EV vom 30.7. 5.Teil

Wohnraum im Wandel – was tun?

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60

EMSDETTEN. Das Thema „Wohnen im Alter“ wurde im Beirat Ü60 bereits vor der Erstellung der Wahlprüfsteine ausgiebig mit unterschiedlichen Partnern, etwa mit der WG Ems, diskutiert. Dabei ergab sich, dass die Anforderungen, die sich in der Wohnungsfrage mit Blick auf die derzeitige und die künftige Altersstruktur ergeben, ein deutliches Alarmzeichen sind.

Der Beirat hat demzufolge die Wohnsituation als umfassende Thematik in seine Wahlprüfsteine aufgenommen und von den Parteien interessante Antworten erhalten. Dabei steht zwar die Gruppe der Seniorinnen und Senioren im Vordergrund, dennoch dürfte allen klar sein, dass ein entspanntes gemeinsames Wohnen in unserer Stadt für alle Generationen möglich sein muss. Ein Ü60er aus Emsdetten brachte seine persönliche Situation wie folgt zum Ausdruck: „Als Ehepaar in Emsdetten altersgerechten, barrierefreien Wohnraum zu finden, der zudem bezahlbar ist, ist beinahe unmöglich. Wir haben uns schon vor Jahren bei mehreren Institutionen angemeldet und warten noch immer.“

Damit ist gesagt, woran es bei vielen Betroffenen der älteren Generation krankt: Es herrscht ein Mangel an bedarfsgerechten Wohnungen. Andererseits gibt es genügend „Best-Ager“, die sich zufrieden äußern, wenn man sie nach ihrer Wohnsituation fragt. Sie haben Häuser oder anderweitig Wohneigentum. Ihre Haushalte werden mit dem Auszug der Kinder oft kleiner, doch die Wohnungsgröße bleibt unverändert. Der Wunsch, vielleicht die Notwendigkeit eines Wechsels in eine andere Wohnform, stellt sich nicht selten ein, zumal mit zunehmendem Alter körperliche oder finanzielle Einschränkungen eintreten. Und doch möchte sich niemand verschlechtern. Rund 40 Prozent der „Best-Ager“, die in Einfamilienhäusern wohnen, gaben an, nach einem altersbedingten Umzug in einem Mehrfamilien-haus wohnen zu wollen. Junge Familien möchten hingegen in ein Eigenheim ziehen, um Platz zu haben und unabhängig zu sein. Um dies durch entsprechende Umzugsketten auf dem Emsdettener Wohnungsmarkt zu ermöglichen, braucht es ausreichend Wohnalternativen, die den individuellen Bedürfnissen angepasst sind.

Der Beirat Ü60 hat in seinen Wahlprüfsteinen die Parteien befragt, ob die seitens der Stadt Emsdetten prognostizierte Anzahl von 1260 neuen Wohneinheiten insgesamt erreichbar erscheint, dies dann auch unter dem Aspekt der Alters- bzw. Sozialverträglichkeit.

Die Antworten fallen unterschiedlich aus. Die FDP hält eine sichere Zusage der geplanten Wohneinheiten aufgrund der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen für unseriös, will

aber Bauland fördern und erwägt sogar die Abschaffung der Baumschutzsatzung, die sie als Erschwernis für entsprechende Bauvorhaben sieht.

Die CDU setzt sich auch für die Schaffung weiterer Wohngebiete und eine maßvolle Nachverdichtung der bestehenden Siedlungen ein.

Die Linke fordert die Stadt auf, für eine dauerhaft bezahlbare Miete zu sorgen. Die Emsdettener Liste antwortet, dass ein Wohnungs- und Siedlungsbau bis an den Rand des Gewerbegürtels geplant werden könnte und fordert die Politik und Verwaltung zu einem öffentli-chen Diskurs unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger auf.

Die Grünen und auch die SPD unterstützen die Zielmarke von 1260 neuen Wohneinheiten.

Die UWE und auch alle anderen Parteien befürworten das unbürokratische Vorgehen bei der Planung.

Thematisiert wurde weiterhin die Frage nach der Barrierefreiheit der Wohnungen. Hier fordert die SPD zumindest barrierearme Neubauten. Der CDU ist an generationsgerechten und bezahlbaren Wohnformen, etwa in Mehrgenerationshäusern oder betreutem Wohnen gelegen. Dagegen erhebt die UWE den Anspruch, dass ältere Menschen möglichst lange selbstbestimmt an den angestammten Plätzen wohnen sollen.

Die FDP macht auf attraktive Fördertöpfe aufmerksam. Bündnis 90/Die Grünen und die Emsdettener Liste setzen sich für nachhaltige, altersgerechte und barrierefreien Wohnungsbau ein, während Die Linke die Stadt auffordert, qualitativen Wohnraum für alle Bürger und Bürgerinnen anzubieten.

In der Umnutzung von Gebäuden zu betreutem Wohnen sieht die CDU ein wichtiges Mittel zur Schaffung von Servicewohnungen. Die FDP will betreffende Träger unterstützen, während die UWE „Ageing in place“ („Altern am gewohnten Ort“) präferiert. Die Linke und die Emsdette-ner Liste äußern sich zu diesem Punkt nicht explizit, dagegen will sich die SPD für den Ausbau betreuter Wohnformen und von Servicewohnungen gemeinsam mit freien Trägern und städtischer Unterstützung stark machen. Die Grünen sehen Service- und Pflegekomponenten in Wohnquartieren als zukunftsweisend.

Der Beirat Ü60 informiert: Service-Wohnungen sind barrierefreie Wohnungen, die speziell auf die Bedürfnisse älterer Menschen oder Menschen mit Unterstützungsbedarf zugeschnitten sind. Sie ermöglichen ein selbstständiges Wohnen in den eigenen vier Wänden, bieten aber gleichzeitig eine Anbindung an verschiedene Serviceleistungen und Betreuungsangebote.

Abgefragt wurde auch die Haltung der Parteien zur Schaffung von Sozialwohnungen. Die CDU hält den sozialen Wohnungsbau für wichtig, lehnt aber vorgegebene Quoten ab, um mögliche Investitionen nicht zu blockieren. Laut FDP hat sich die Stadt allerdings schon für eine Quotierung entschieden, sie möchte jedoch zu hohe Kosten verhindern. Die Linke und die SPD wollen an der geforderten Quote von 40 Prozent festhalten.

Gefragt wurde in den Wahlprüfsteinen auch nach der Haltung zu Wohnprojekten mit gemischten Altersgruppen. Für die FDP lässt sich dies vor allem durch private Initiativen realisieren. Bündnis 90/Grüne unterstützen Projekte mit gemischten Altersgruppen. Die CDU und die SPD befürworten diese Wohnform, da das soziale Miteinander gestärkt und der Vereinsamung vorbeugen könnte. Die SPD favorisiert darüber hinaus das Konzept „Wohnen für Hilfe“, das sie gern auf Emsdetten übertragen würde.

„Wohnen für Hilfe“ ist ein Projekt, das Studierende und Senioren zusammenbringt, um eine Wohnpartnerschaft zu bilden. Die Idee ist, dass Studierende mietfrei in den Wohnungen oder Häusern der Partner wohnen und dafür den Senioren im Alltag helfen, z. B. bei der Hausarbeit, im Garten oder einfach, indem sie ihnen Gesellschaft leisten. Pflegeleistungen gehören nicht dazu.

Nächste Folge: Mobilität und Vereinsamung – Welche Initiativen können sich die Parteien vorstellen, um Vereinsamung zu bekämpfen und Mobilität zu fördern?

EV vom 6.8. 6.Teil

Einsamkeit in Emsdetten angehen

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / Vereinsamung und Mobilität

EMSDETTEN. Das Problem der Vereinsamung durchdringt alle Schichten und Altersgruppen der Bevölkerung. Wie es zustande kommt und welche Folgen es für die Einzelnen, aber auch die Gesellschaft insgesamt hat, wird mittlerweile auch auf den Ebenen von Bundes- und Landespolitik intensiv diskutiert. Das Problem gilt als erkannt, die Notwendigkeit des Gegensteuerns ebenso. Ältere Menschen sind der Gefahr der Vereinsamung insofern stärker als jüngere ausgesetzt, als dass es ihnen häufig an der erforderlichen Mobilität zum Verlassen der Wohnung mangelt und sie durch den Tod eines Partners oder einer Partnerin sowie durch Gesundheitseinschränkungen häufig auf fremde Hilfe angewiesen sind.

Der Beirat Ü60 hat im Jahr 2024 in seiner neunteiligen EV-Artikelserie über die Pflegesituation deutlich herausgearbeitet, dass die Vereinsamung von Menschen ein wesentlicher Faktor ist, der zur frühen Entstehung von Demenz und langfristig zur Pflegedürftigkeit beitragen kann. Der Beirat selbst hat seit Längerem versucht, durch Angebote und Anregungen im kommunalen Sektor Möglichkeiten zu schaffen, um ältere Menschen an gemeinsamen Initiativen und Veranstaltungen zu beteiligen und sie somit am gemeinsamen Leben teilhaben zu lassen. Beispielgebend ist die Entstehung der Agenda Älterwerden vor mehr als zehn Jahren. Sie ist durch Anstöße des Beirats unter Federführung der Stadt entstanden.

Auch am Runden Tisch, der ebenfalls vom Beirat ins Leben gerufen wurde, an dem die Parteien sowie die Stadtverwaltung teilnehmen, steht das Thema Vereinsamung auf der Tagesordnung. Auch auf diesem Weg wird nach Lösungen zur Bekämpfung des Problems gesucht.

Im Rahmen der Wahlprüfsteine fragte der Beirat nun noch einmal konkret nach, welche weiteren Initiativen sich die Parteien vorstellen können, um dem Trend der Vereinsamung – insbesondere bei der Generation Ü60 – entgegenzuwirken.

Erfreulicherweise haben alle angefragten Parteien in den Antworten auf die Wahlprüfsteine das Problem der zunehmenden Vereinsamung erkannt und als solches in seiner verhängnisvollen Tragweite beschrieben. Von allen wurde die Bereitschaft geäußert, sich der Aufgabe grundlegend zu stellen. Die Vorschläge, die bei der Arbeitsgruppe „Politische Gespräche“ des Beirats Ü60 eingingen, beinhalten durchweg bei allen ähnliche, schnell umsetzbare Maßnahmen, so dass man bei der Einbringung entsprechender Anträge im Rat alsbald Mehrheiten finden und die Durchsetzung unkompliziert angehen könnte. Alle Parteien schlagen vor, die bestehende Situation der Fahrdienste zu verbessern. Angesprochen werden kostengünstige, unkompliziert nutzbare und flexible Angebote.

Genannt wird von allen die Erweiterung bzw. der effektivere Einsatz des Bürgerbusses. Die UWE (Unabhängige Wähler Emsdetten) könnte sich dabei die „Einführung von speziellen Fahrdiensten, wie z. B. Rufbusse, Fahrdienste oder Nachbarschaftshelfer“ vorstellen, um bei „Einkäufen, Arztbesuchen oder Freizeitaktivitäten“ unterstützend mitzuwirken. Zudem sind ihr eine „barrierefreie Infrastruktur“ und die Bewusstseinsbildung und Information bei den Senioren über ihre Mobilitätsmöglichkeiten wichtig. Prinzipiell möchte die UWE die Seniorinnen und Senioren „ermutigen, aktiv zu bleiben“. Die Linke würde neben dem Bürgerbus auch die „örtlichen Nahverkehrsunternehmen in Kooperation“ einbeziehen. Bündnis 90/Grüne bringen „Rufbusangebote, ehrenamtliche Fahrdienste oder neue Konzepte wie Mitfahrbänke“ ins Gespräch. Die Emsdettener Liste regt Partnerschaften zwischen der jüngeren und der älteren Generation zum gegenseitigen Vorteil an. Konkret bezieht sie sich auf das „Konzept der Arbeit mit dem ambulanten Hospiz-Dienst Emmaus“ als anwendbares Beispiel.

Die CDU weist in puncto Mobilität neben den bereits genannten Vorschlägen – Bürgerbus und bessere Anbindungen an das Verkehrssystem – auf den individuell nutzbaren „On-Demand-Service“ hin und führt „barrierefreie Wege“ als zusätzliche Voraussetzungen für bessere Mobilität auf. Die SPD kann sich überdies auch das in Großstädten erprobte Car-Sharing sowie „einfache Buchungssysteme, Haltestellen in Wohngebieten und persönliche Unterstützung“ vorstellen. Sie prüft außerdem die Umsetzung des Programms „Radeln ohne Alter“ und den Einsatz von Fahrradrikschas.

Bei der Bekämpfung der Vereinsamung unserer Mitmenschen beweisen alle Parteien ein hohes Maß an Verantwortungsbewusstsein. Die Sorge um den Einzelnen wie auch um das Gesamte kommt – mit teils unterschiedlichen, aber auch ähnlichen Gedanken – durchweg zum Ausdruck. Dabei geht es laut FDP um den „Erhalt und die Förderung der sozialen Strukturen Emsdettens mit seinen zahlreichen Vereinen und Initiativen“. Die Linke mahnt an, dass die Wege zu Begegnungsstätten „oftmals das erste Hindernis“ sind. Sie fordert daher: „Die Wege müssen ausreichend mit Sitzmöglichkeiten ausgestattet sein.“ Die UWE sind für „niedrigschwellige Begegnungsangebote, zum Beispiel im offenen Treff“. Ihrer Meinung nach müssen „Kultur- und Kreativangebote, Freizeit- und Sportaktivitäten sowie Informations- und Beratungsangeboten“ zur aktiven Alltagsgestaltung und gesellschaftlichen Teilhabe beitragen und gegen die Vereinsamung genutzt werden. Ebenso wie Bündnis 90/Grüne befürwortet sie, die kommunalen Besuchsdienste, die Quartiersarbeit und die Mehrgenerationenprojekte auszubauen.

Die Emsdettener Liste verweist auch hier auf das Emmaus-Konzept. Sie sieht einen wirkungsvollen Faktor in der Zusammenarbeit von „Jung und Alt in einem Projekt für die letzten Jahrgänge der Schulen“. Vorlesen, aus dem Leben erzählen, gemeinsames Fernsehen, Schriftwechsel oder kleine angepasste Ausflüge sind für sie eine Methode, von- und miteinander zu lernen und sich so – trotz Altersunterschied – näherzukommen. Das gleiche Konzept verfolgt auch die CDU: „Gemeinsam statt einsam“, „Jung hilft Alt – Alt hilft Jung“ oder „Begegnungen im Mehrgenerationenhaus“ sollen gezielt gefördert werden. Die SPD setzt vorrangig auf Prävention. Sie möchte vorbeugende Maßnahmen wie „Mittagstische, Nachbarschaftsangebote und Besuchsdienste stärken und neue generationenübergreifende Begegnungsorte schaffen“.

Nächstes Folge: Öffentliche Sicherheit. Straßenverkehr, unsere Parks und Wege nach Einbruch der Dunkelheit.

Wahlprüfsteine: Beirat befragt Parteien

BEIRAT Ü60 Emsdetten

- **Der Beirat Ü 60** schaut mit Spannung auf die Kommunalwahl im September und vor allem auf das, was sich die Parteien ins Lastenheft geschrieben haben.
- **In Kooperation** mit der Emsdettener Volkszeitung hat der Beirat daher ein besonderes Projekt initiiert: Der Beirat formulierte aus Sicht der älteren Bevölkerung so genannte Wahlprüfsteine zu unterschiedlichen Themen und erfragte von den Ratsparteien deren Positionen. Bis auf die Emsdettener Liste haben alle geantwortet.
- **Das Ergebnis** können die Emsdettener immer mittwochs in der EV sehen. Der Beirat hat die Positionen zur Innenstadtentwicklung, Pflegesituation, zu Wohnen, Mobilität, Sicherheit, Energie und politischer Mitbestimmung zusammengefasst, die EV sorgt für die Öffentlichkeit.
- **Sie wollen mitreden?** Leserinnen und Leser können dem Beirat ihre Meinung zum Thema schicken an die E-Mail-Adresse info@beiratue60.de. Die EV greift die Statements dann auf.

EV vom 13.8. 7.Teil

Bei Sicherheit herrscht viel Einigkeit

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / Von Verbesserungen profitieren nicht nur ältere Menschen

EMSDETTEN. Im Straßenverkehr und im öffentlichen Raum: Das Thema Sicherheit spielt für viele Bürgerinnen und Bürger eine große Rolle. Der Emsdettener Beirat Ü60 hat daher in seinen Wahlprüfsteinen die Parteien zum Thema gefragt – und kommt zu dem Ergebnis, dass man hier insgesamt auf einem guten Weg ist: Es sei die Bereitschaft erkennbar, über Mängel sowie deren Beseitigung zu reden, lautet das Fazit. Angestrebt werde ein Gesamtkonzept mit baulichen Verbesserungen, Präventionsarbeit, höherer Technik und gemeinschaftlichen Initiativen. Damit sollen die Sicherheit und die Lebensqualität in unserer Stadt weiter erhöht werden. Neben Einzelmaßnahmen und punktuelle Vorhaben geht es um ein komplexes Vorgehen, von dem nicht nur ältere Menschen, sondern alle Bürgerinnen und Bürger profitieren.

Konkret wollte der Beirat Ü60 wissen, wie die Parteien zum Thema Sicherheit für ältere Menschen in der Stadt stehen. Dabei ging es um ausreichend lange Grünphasen an Fußgängerampeln, um zu hohe Bordsteinkanten, um einheitliche Regelungen an

Kreisverkehren und um die Sicherheit der Menschen auf Wegen und in Parks nach Einbruch der Dunkelheit.

Ältere Menschen beklagen vielfach, dass sie sich vor allem nach Einbruch der Dunkelheit in den Straßen und Parks nicht sicher fühlen. Die FDP möchte daher durch die „Erhöhung der Helligkeit“ mittels „Nachrüstung bestehender Straßenlaternen an Fußwegen“ eine höhere Sicherheit herbeiführen. Sie setzt dabei auf die „Anwesenheit von Personen“ und zielt auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Polizei ab. Beide Maßnahmen wären noch zu präzisieren. Die UWE sehen es als grundsätzliche Aufgabe an, die Schwächeren in unserer Gesellschaft zu schützen und zu stärken; sie wollen zudem ihr Augenmerk stärker darauf richten, dass Sicherheitsaspekte schon bei der Planung von Bauvorhaben in den Mittelpunkt gerückt werden. Die Minimierung bzw. komplette Beseitigung von Gefahrenpunkten wird bei UWE ebenfalls genannt, wobei es auch darum geht, Hindernisse im Alltag herauszufinden und eine allgemeine Barrierefreiheit umzusetzen. Laut Emsdettener Liste könnte schon ein einfaches, preiswertes Lichtkonzept helfen, um die Schattenräume zu beseitigen. Die Liste plädiert zudem für Polizeistreifen, die an markanten Stellen eingesetzt werden könnten. Linke und SPD setzen sich ebenfalls für mehr Beleuchtung in Parks und auf Wegen ein. Die SPD hält darüber hinaus die Präsenz von Vertreterinnen und Vertretern des Ordnungsdienstes und Streetworkern für ein wichtiges Signal. Für die CDU gehören zum Sicherheitsgefühl saubere, gepflegte öffentliche Räume und an kriminalitätsbelasteten Orten eine gezielte und gegebenenfalls auswertbare Videoüberwachung.

Hinsichtlich der Grünphasen an Fußgängerampeln wird von älteren Menschen immer wieder bemängelt, dass diese vielfach zu kurz seien. Die Parteien setzen sich auch hier mit den in den Wahlprüfsteinen aufgeführten Hinweisen auseinander. Von Bündnis 90/Die Grünen und der UWE werden längere Grünphasen als sinnvoll angegeben, wobei die Lösungswege in ein Gesamtkonzept einzuarbeiten und aufeinander abzustimmen wären. Die Emsdettener Liste und die FDP setzen auf kurzfristigen, politischen Diskurs. Die Linke fordert alters- und behindertengerechte Verkehrsübergänge. Die CDU sieht die Lösung in längeren Grünphasen, akustischen Signalen und optisch auffälligen Bodenmarkierungen. Die SPD plant ein modernisiertes Mobilitätskonzept und sieht in längeren Grünphasen eine Möglichkeit, den Fußgängerverkehr sicherer zu machen.

Der Beirat Ü60 hat sich diesbezüglich in der Welt umgeschaut und ist dabei auf ein Modell gestoßen, das im Stadtstaat Singapur bereits gängige Praxis ist: Hier kann, wer über 60 Jahre alt oder körperlich behindert ist, die Grünphase für Fußgänger individuell um bis zu 13 Sekunden verlängern. Dazu braucht es eine spezielle Karte, die Senioren und Behinderte einfach an eine eigens dafür an der Ampel angebrachte Vorrichtung halten können. Sicherlich ist das für „Old Detten“ Zukunftsmusik, und doch sieht man, was möglich ist und was sich letztlich lebensrettend auswirken kann.

In Sachen „unterschiedliche Regelungen an Kreisverkehren“ geben die Wahlprüfsteine unterschiedliche Antworten der Parteien her: Die SPD spricht sich für einheitliche, klar erkennbare Vorfahrtsregelungen an allen Kreisverkehren aus. Die Grünen schließen sich dieser Planung an. Die CDU steht einer Vereinheitlichung positiv gegenüber, macht aber auf den Bedarf an überregionalen Initiativen aufmerksam. Die Emsdettener Liste und die UWE setzen sich dafür ein, Verkehrsräume mit besonderem Gewicht auf die Schwächsten zu entwickeln. Die Linke hält ein Tempolimit von 30 Stundenkilometern im Innenstadtbereich für sinnvoll. Die FDP ist hingegen der Meinung, dass Vorfahrtsregelungen stets in Abhängigkeit zur Situation vor Ort entschieden werden sollten.

Die vierte Frage des Beirates bezog sich auf „zu hohe Bordsteinkanten“ an Fußwegen sowie an Ein- und Ausfahrten von Grundstücken. Erfreulicherweise ist die Barrierefreiheit allen Parteien ein wichtiges Anliegen. Die CDU erkennt die derzeit noch nicht abgesenkten Autoein-fahrten als Hindernis für beeinträchtigte Verkehrsteilnehmer. Emsdettener Liste und UWE versuchen, die Lösungen im Alltag zu suchen und umzusetzen. Die Grünen sind für gezielte Umbauten und die Linke will sich mit dem Baubetriebshof der Stadt zusammentun, um Hürden zu vermeiden. Die FDP setzt sich für eine gewissenhafte Detailplanung ein. Nach

einer flächendeckenden Bestandsaufnahme plant die SPD eine schrittweise Absenkung der Bordsteine mit Priorität auf Gehwegen, Bushaltestellen und zentralen Wegen.

Obwohl die Antworten auf die Wahlprüfsteine zeigen, dass sich die Parteien ernsthaft um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger bemühen, sieht der Beirat Ü60, noch weitere Möglichkeiten, Verbesserungen herbeizuführen. Der Beirat selbst hat auf seiner Internetseite unter dem Menüpunkt „Alltagshilfen“ bereits einige Schwerpunkte aufgeführt. Er ruft zudem die Bevölkerung auf, schadhafte Stellen auf Fuß- oder Radwegen der Stadtverwaltung über deren Online-Mängelmelder zu melden. Die Praxis hat gezeigt, dass auf diesem Weg Hindernisse kurzfristig erkannt und beseitigt werden können.

Nächste Folge: Thema Energie – welche Kosten sind den Bürgerinnen und Bürgern zumutbar?

EV vom 20.8. 8.Teil

Ein Thema von besonderem Gewicht

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / Folge 8: Energiekosten und Klimaneutralität

EMSDETTEN. Der achte Themenkomplex in den Wahlprüfsteinen des Emsdettener Beirats Ü60, der den sieben Emsdettener Parteien vorgelegt wurde, befasst sich mit der Energieversorgung der Haushalte in unserer Stadt. Hiervon sind nicht nur Menschen der älteren Generation betroffen, sondern das Ziel der stabilen Energiekosten und der Erreichung von Klimaneutralität stellt sich auch für junge Familien und Singles.

Durch den Überfall Russlands auf die Ukraine im Jahr 2022 hat die Diskussion um eine finanzierbare und klimafreundliche Energieversorgung auch auf kommunaler Ebene noch einmal zusätzlich Fahrt aufgenommen. Es ist zwar erkennbar, dass die Stadt Emsdetten die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit Strom und Gas langfristig absichern konnte, aber der Beirat wünscht sich von den Parteien mehr Eigeninitiativen und durchdachte Konzepte, die den Bürgerinnen und Bürgern mehr Beteiligungen an eigenen, kommunal begrenzten Projekten ermöglichen und Alternativen bieten, die über individuelle Solaranlagen, Balkonkraftwerke und den Einbau von Wärmepumpen hinausgehen. Dazu könnten große Speicheranlagen oder Anbindungen an Fernwärmesysteme gehören. Allein der Blick auf den Bioenergiepark in der Nachbarkommune Saerbeck könnte neue Impulse in Gang setzen.

Dem Beirat ist eine sichere, finanzierbare, nachhaltige und klimagünstige Versorgung der hiesigen Haushalte ein wichtiges Anliegen. Den Emsdettener Parteien wurde daher zum Thema Energieversorgung in den Wahl-prüfsteinen folgender Fragekomplex vorgegeben:

Es ist zwar festzustellen, dass in absehbarer Zeit keine Lücken in der Versorgung entstehen werden, dennoch stellt sich die Frage nach den zumutbaren Kosten für die Haushalte wie auch nach der Schaffung von Beteiligungs- oder Mitwirkungsmöglichkeiten. Gern würden Bürgerinnen und Bürger sich anteilmäßig an Projekten, die autark und langfristig angelegt sind und auch für nachfolgende Generationen Sicherheiten schaffen, beteiligen. Dies dann unter dem Aspekt von Klimaneutralität und Umweltschutz. Wie stehen Sie hierzu?

Die Aussagen, die von den Parteien getroffen werden, fallen grundsätzlich positiv und gleichermaßen im Sinne der älteren und der jüngeren Bürgerinnen und Bürger aus. Man hat die Bedeutung einer Energiepolitik, wie sie der Beirat Ü60 als erforderlich beschreibt, deutlich erkannt. Die Parteien stellen sich dem Thema mit ihren Vorschlägen und Absichten unterschiedlich und teils noch vage:

So verweist die *FDP* auf die seit drei Jahren bestehende „Bürgerenergiegenossenschaft im Kreis Steinfurt“, der auch Bürgerinnen und Bürger aus Emsdetten beigetreten sind. Darüber hinaus werden keine konkreten Aussagen getroffen, wobei auch von der oben genannten Genossenschaft wenig an erwarteten Initiativen bekannt geworden ist.

Bündnis 90/Die Grünen halten sich mit ihrer Antwort an die bestehenden Ziele. Es sollen „Projekte wie Solargenossenschaften, PV-Beteiligungen auf kommunalen Dächern und eine transparente Energiewende“ gefördert werden. Zudem heißt es: „Klimaschutz und Teilhabe müssen Hand in Hand gehen – auch in der älteren Generation.“

Die *SPD* nennt als Forderung die Bezahlbarkeit der Energie, wobei sie auch konkret die Rentnerhaushalte im Blick hat. Bei ihr steht aber ebenso die nicht immer einfache Situation der Mieter auf der Agenda, indem sie fordert: Energetische Sanierungen dürfen den Mietern nicht aufgebürdet werden! Ihr sind Bezahlbarkeit und Möglichkeiten der Beteiligung an Energiegenossenschaften für alle Bürgerinnen und Bürger sowie die generationsübergreifende Energie-wende wichtig.

Die *UWE* verweist gleichfalls auf die bestehende Genossenschaft Energieland des Kreises Steinfurt, sie sucht ansonsten vorrangig die Anbindung an die Stadtwerke, die für sie ein wesentlicher Faktor bei der Erreichung der Energiewende und der Klimaneutralität sind. Zugleich will sie „versuchen durch Entlastung der Stadtwerke (Gewinnausschüttung) die Energiepreise einzudämmen“, was allen Verbrauchern zugute käme.

Die *CDU* antwortet kurz, aber stichhaltig. Sie „befürwortet ausdrücklich bürgerschaftliche Energieprojekte“, und sie möchte deren „schnelle, flächendeckende Umsetzung“ erreichen. Konkret heißt es: „Wir setzen auf erneuerbare Energien in städtischen Gebäuden, energetische Sanierungen und Projekte zur CO_2-Reduktion. Beteiligungen der Bürgerinnen und Bürger sind erwünscht und Teil des Klimaschutzkonzepts.“

Die *Emsdettener Liste* nimmt insbesondere die Bundesebene in die Pflicht. Sie meint: „Staat und Politik müssen sich neueren Entwicklungen anpassen und ggf. damit die bestehenden Rahmenbedingungen verändern. Die Bürger dürfen darüber nicht im Unklaren bleiben. Das wird eine der Hauptaufgaben der kommenden fünf Jahre sein.“ Gemeint ist der begrenzte Vorrat an sämtlichen Rohstoffen auf unserem Planeten. Die Liste appelliert daher an die Bürgerinnen und Bürger, achtsamer mit den Ressourcen umzugehen. Die einfache Aussage lautet: „Jeder kann dazu beitragen.“

Die *Emsdettener Linke* kann bereits auf konkrete Schritte verweisen. Ihre Ratsfraktion hat einen Antrag zur Bildung eines „Klima- oder Energiebeirats“ gestellt, der die Bürgerinnen und Bürger, die Parteien, die Stadtverwaltung, die Unternehmen und Umweltverbände an einen Tisch bringen und effiziente Lösungen zur Klima- und Energiefrage finden könnte. Der

Antrag beinhaltet zunächst eine gemeinsame Beratung und eine Expertise. Der zu gründende Klimabeirat soll sich aus Vertretern verschiedener Fachbereiche wie Umwelt, Energie, Verkehr und Wirtschaft zusammensetzen. Diese bringen ihr Fachwissen ein und beraten die Stadtverwaltung und den Stadtrat zu klimaschonenden Maßnahmen und zu den geeigneten Projekten.

Im weiteren Verlauf soll der Klimabeirat die Stadt bei der Erarbeitung und Umsetzung langfristiger Klimaziele, wie etwa die Reduktion der CO_2-Emissionen und die Förderung erneuerbarer Energien, unterstützen. In der Antwort auf die Wahlprüfsteine bzw. im Antrag der Linken heißt es: „Der Klimabeirat kann eigene Vorschläge für Klimaschutzmaßnahmen einbringen und bereits geplante Projekte auf deren Klimafreundlichkeit hin bewerten." Das Gremium sorgt anschließend dafür, dass Maßnahmen auf ihre Nachhaltigkeit geprüft werden. Wichtiger Punkt in dem Antrag sind die Sensibilisierung in der Öffentlichkeit und die breite Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger. Hierzu gehören Info-Veranstaltungen und Bürgerforen, um das Bewusstsein für den Klimaschutz zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion einzubinden.

Nächste Folge: In der letzten Folge der Serie erfolgt eine Auswertung der Wahlprüfsteine. Es geht um die Frage, welche Vorstellungen die Parteien in der nächsten Arbeitsperiode von der Zusammenarbeit mit dem neu zu wählenden Beirat Ü60 als Vertreter der älteren Generation haben. Zudem gibt es Kurzporträts von Josef Teupe, dem Vorsitzenden des Beirats und Koordinator des Wahlprüfsteinverfahrens und weiterer Aktionen, sowie von Alexander Richter-Kariger als Verfasser der neunteiligen Mittwoch-Serie in der EV.

EV vom 27.8. 9. und letzter Teil

Zusammenwachsen der Generationen

EV-Aktion: Wahlprüfsteine des Beirats Ü60 / Folge 9: Beirat und Parteien ziehen positives Fazit

EMSDETTEN. Mit der vorliegenden neunten Folge seiner Wahlprüfsteine schließt der Emsdettener Beirat Ü60 die Serie der Fragen an die Parteien, die sich am Sonntag, 14. September, für die Wahl in den Stadtrat stellen, ab. Es geht diesmal aber nicht um sachliche Themen, sondern um die Bereitschaft der Parteien, sich auch in der kommenden Legislaturperiode für die Interessen und Anliegen der Generation Ü60 in Emsdetten einzusetzen und dabei den Beirat als Vertretung eben dieser Bevölkerungsgruppe erneut einzubeziehen.

Jetzt möchte der Beirat Ü60 von den Parteien wissen, wie sich die Zusammenarbeit in Zukunft noch wirkungsvoller gestalten lässt. Bisher konnte der Beirat Ü60 zwei Treffen mit allen Parteien, der Verwaltung und Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Institutionen

in Form eines Runden Tisches organisieren und ist mit den Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen (teils mehrfach) in Einzelgesprächen zusammengekommen. Die abschließende Frage lautet daher: *Wäre es auch aus Ihrer Sicht sinnvoll, die Treffen mit dem Beirat Ü60 fortzusetzen, und was wäre Ihnen dabei wichtig?*

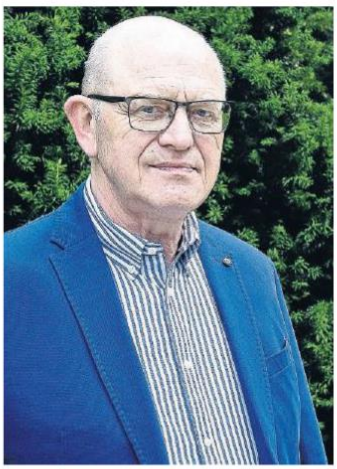
Die Rückmeldungen sind wiederum durchweg bejahend, schreibt der Beirat Ü60. Eine gute Zusammenarbeit sei nicht nur im Sinne gegenseitigen Informierens erwünscht, es gehe vor allem darum, gemeinsam Ziele für die Kommune und die hier lebenden Menschen zu erkennen und zu erreichen. Dazu sollen, so das einmütige Fazit, die regelmäßigen Treffen beibehalten und inhaltlich erweitert werden. Auch das Format Runder Tisch, das zum Thema Pflege bereits zweimal getagt hat, werde als erforderlich und ausbaufähig angesehen.

Es sei vor allem die SPD, die konkrete Beteiligungen in den inzwischen vorgestellten Themen wie Wohnraumplanung oder Stadtgestaltung für nützlich hält. Sie schlage zudem eine gemeinsame Zukunftswerkstatt und ein „dauerhaftes Senior:innenzentrum“ vor. Auf diese Weise könnte eine „generationsgerechte Stadt“ gelingen, was im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sei. Ähnlich sähen es die Emsdettener Liste, die UWE und die FDP. Die Grünen könnten sich darüber hinaus „idealerweise auch gemeinsame Projektgruppen zu Schwerpunktthemen“ vorstellen. Die Linke biete zudem Diskussionen an, die über kommunalpolitische Vorgänge hinausgehen, wobei sie „Kreis-, Landes- oder bundespolitische Themen“ nicht ausschließe. Die CDU möchte ausdrücklich die „Agenda Älterwerden und die Treffpunkte in der Emsstraße erhalten und weiterentwickeln“. Auch ihr gehe es um generationenübergreifende Beteiligungen, wobei sie auf das Format „Jung trifft Alt und Mentoren-Projekte sowie enge Zusammenarbeit mit Beiräten“ als Beispielmodelle verweist.

Der Beirat Ü60 betont, dass er mit allen Parteien zusammenarbeiten wird und sich weiterhin für die Interessen der Generation Ü60, aber selbstverständlich auch für alle Einwohner der Stadt, einsetzen wird. Diese Zu- bzw. Aussage gelte unabhängig von neuerlichen Kandidaturen nach den erfolgten Kommunalwahlen.

Zur Person: Josef Teupe

Josef Teupe ist seit Beginn der Legislaturperiode 2020 Vorsitzender des 13-köpfigen Beirats Ü 60 der Stadt Emsdetten. Er ist im Beirat der Organisator und Koordinator der Treffen mit den Parteien und Begründer des Runden Tisches zum Thema Pflege. Er stellt die Kontakte zu den Fraktionen und den Institutionen (zum Beispiel Caritas, mobile Pflegedienste) her und hat innerhalb des Wahlprüfsteinverfahrens die Verbindung zu den Parteien und zur Redaktion der EV gehalten. Darüber hinaus arbeitet Josef Teupe in der „Arbeitsgruppe Digital“ mit, in der ältere Mitbürger und Mitbürgerinnen im Umgang mit digitalen Endgeräten geschult werden. Neben der Beiratstätigkeit ist er ehrenamtlich im Vorstand des Sportvereins Hembergen tätig, dessen Vorsitzender er Jahrzehnte lang war. Als Sprecher des Runden Tisches Hembergen kümmert er sich um die Anbindung und Interessen des Ortsteils an die Stadt Emsdetten.



Josef Teupe Foto: prf

Zur Person: Alexander Richter-Kariger

Alexander Richter-Kariger ist Verfasser der neunteiligen Mittwochserie zum Thema Wahlprüfsteine. Er gehört dem Beirat Ü 60 als Schriftführer seit 2020 an und erledigt den wesentlichen Teil der Pressearbeit. Im Beirat arbeitet er in der Arbeitsgruppe „Politische Gespräche“ als Sprecher mit und plant in der Gruppe „Reisefieber“ mit Elke Hülskötter und Erich Pfeiffer zweimal im Jahr das Reiseangebot für Bürgerinnen und Bürger Emsdettens, das auf großen Zuspruch stößt. Zu seinen weiteren ehrenamtlichen Aufgaben gehören unter anderem die Zeitzeugenarbeit zur Demokratieverfestigung an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen in NRW sowie die Mitarbeit in bundesweit agierenden Verbänden. Er ist seit 30 Jahren Redakteur einer Monatszeitschrift und hat eine Vielzahl von Büchern veröffentlicht. An der Erstellung von Wahlprüfsteinen ist er – bei Bundestagswahlen – schon sehr früh beteiligt gewesen.

Alexander Richter-Kariger Foto: prf